

2019

Der Untergang

Es gibt plötzlich zwei Meinungen darüber, ob man Menschen, die in Lebensgefahr sind, retten oder lieber sterben lassen soll. Das ist der erste Schritt in die Barbarei.

SZ-Abschiedskolumne von Wolfgang Luef im Juli 2018



RESQSHIP

Auch im Mittelmeer gilt das Recht

Die Europäische Menschenrechtskonvention ist keine Frage der Moral - die Konvention ist bindend. Warum es ein klarer Rechtsverstoß ist, wenn Italien die libysche Küstenwache aktiviert, um Flüchtlingsschiffe nach Libyen zu bringen.

16. Dezember 2018

Hinter ihm die Hölle, vor ihm das Mittelmeer: Der Flüchtling auf dem Weg nach Europa. Fern am Horizont erscheint ihm Europa, der langersehnte Raum der Freiheit, der Sicherheit - und auch der Raum des Rechts?

Die Tragödien auf den Routen zwischen Libyen, der Türkei, Griechenland, Italien und Malta haben längst einen anderen Raum erkennen lassen: jenen des Versagens, der Lethargie. In den Bildern der gestrandeten Leichname der Flüchtlinge zeigte sich die Diskrepanz zwischen dem menschenrechtlichen Anspruch der europäischen Regierungen und der Wirklichkeit an den Grenzen. Die private Seenotrettung war die starke Antwort der Zivilgesellschaft auf dieses Vakuum. Doch sie musste ihre Segel streichen.

Der raue Wind einer populistischen Abschottung - von Schweden bis nach Italien - hat einmal mehr seine Wirkmächtigkeit gezeigt und die einstige Willkommenskultur vermeintlich offener Gesellschaften vorläufig beendet. Die Mechanismen der Abschottung sind rigide und perfide: Italien hat seiner eigenen Küstenwache untersagt, aus Seenot geborgene Flüchtlinge an Land zu lassen, sofern sich nicht auch andere EU-Staaten an der Aufnahme beteiligen.

Mehr als 1000 Ertrunkene in den letzten Monaten - ein humanitäres Desaster

Notrufe, welche die italienische Rettungsleitstelle von Flüchtlingsbooten oder anderen Schiffen empfängt, werden nicht etwa an jene weitergegeben, die zur Hilfe bereit und imstande wären, schon gar nicht werden eigene Rettungsmaßnahmen eingeleitet.

Stattdessen werden die Hilfesuchenden selektiv weiterverwiesen an die libysche Küstenwache oder an die inzwischen existierende libysche Rettungsleitstelle, die nicht den Eindruck erweckt, willens oder in der Lage zu sein, rechtzeitig Hilfe zu leisten. Inzwischen bestätigen zahlreiche offizielle Berichte die brutalen Einsätze der libyschen Küstenwache im Mittelmeer sowie die katastrophalen Verhältnisse in libyschen Flüchtlingslagern.

Allein in den vergangenen Monaten zählt die UN-Statistik mehr als 1000 ertrunkene Menschen. Das ist ein humanitäres Desaster - aber auch ein Bruch des Rechts, insbesondere der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Wenn Italien Informationen an Libyen weiterleitet, um möglicherweise in Not geratene Flüchtlingsschiffe von der libyschen Küstenwache nach Libyen zurückführen zu lassen, ist dies ein klarer Verstoß gegen das Verbot der Kollektivausweisung und das Refoulement-Verbot. Hiernach ist den Vertragsstaaten verboten, Flüchtlinge in Staaten abzuschieben, in denen sie Folter oder unmenschlicher Behandlung ausgesetzt wären.

Denjenigen, die überleben, droht aber gerade - ohne die Chance auf eine rechtsstaatliche Prüfung, ob sie asylberechtigt sind oder nicht - die Rückkehr in ein Land, in dem sie Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Die Vertragsstaaten der Europäischen Menschenrechtskonvention sind gegenüber allen ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Personen verpflichtet, die von der Konvention geschützten Menschenrechte einzuhalten.



Humanitäre Katastrophen Helfer im Fadenkreuz

15. Dezember 2018. Von Moritz Baumstieger

Vor wenigen Wochen kam Stephen Anderson zumindest in Sichtweite des Ortes, den er erreichen müsste, um Tausenden Menschen das Leben zu retten. Der Landesdirektor des WFP begleitete eine Mission der Vereinten Nationen, die die Chancen für Friedensverhandlungen für Jemen ausloten sollte. In der Hafenstadt Hodeidah verlas der Delegationsleiter eine Stellungnahme. Anderson dachte in dem Moment nicht an den ersehnten Frieden, sondern an die Getreidemühle, die er am Horizont erkennen konnte. "Dort lagern 51 000 Tonnen Weizen, genug, um 3,7 Millionen Jemeniten einen Monat zu versorgen", sagt er am Telefon - ein unermesslicher Schatz in einem Land, in dem 8,4 Millionen Menschen schwer an Hunger leiden.

Der Bürgerkrieg in Jemen hat laut UN die „größte humanitäre Katastrophe der Gegenwart“ entfesselt.

Hilfe ist hier lebenswichtig, sie steht auch bereit - von den UN, von Hilfsorganisationen. Doch so wie das Getreide ist sie oft unerreichbar: "Jemen ist ohnehin gefährlich, aber um die Mühle ist es derzeit einfach zu gefährlich", sagt Anderson. Der Süden Hodeidahs ist Kampfgebiet, seit die von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition hier in die von Rebellen gehaltene Stadt eindringen wollte. "Mitarbeiter dorthin zu schicken, kann ich derzeit nicht verantworten", sagt Anderson.

2017 starben Dutzende Menschen im Einsatz für Hilfsorganisationen

Die Lage in Jemen ist nur ein Beispiel dafür, wie sich die Arbeit von Hilfsorganisationen verändert hat. Immer öfter müssen sie abwägen: Ist es sicher genug? Droht die Hilfsaktion zu einem Selbstmordkommando zu werden. Immer häufiger gerät das Leben derer in Gefahr, die in Krisengebieten die Leben anderer retten wollen.

„2017 war für uns eines der schwierigsten Jahre“, berichtet etwa Dominik Stillhart, Direktor für Internationale Einsätze beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). "Wir haben zehn Mitarbeiter verloren, alleine sieben in Afghanistan." Damit reiht sich die Statistik des IKRK in einen traurigen Trend ein: Die Zahl der Menschen, die während ihres Einsatzes für andere getötet wurden, erreichte 2017 mit 139 den zweithöchsten Wert der Geschichte - nur 2013 starben noch mehr Helfer. Und auch bei den Mitarbeitern, die verwundet (102) oder entführt (72) werden, zählte Humanitarian Outcomes Höchststände. Die Organisation erfasst die Angriffe auf Hilfsorganisationen. Kriegsparteien nehmen Helfer mittlerweile ganz bewusst ins Ziel, diese Einschätzung teilen erfahrene Experten.

Andreas Papp, der für SOS Kinderdörfer weltweit als Nothilfe Koordinator tätig ist, beobachtet diese Taktik bei verschiedensten Akteuren: "In Syrien, aber nicht nur da, stieg in den letzten Jahren die Zahl der Fälle rapide, bei denen Krankenhäuser gezielt bombardiert wurden." Über eine Luftwaffe, die solche Angriffe fliegen kann, verfügen meist nur Regierungen, die Standards wie dem humanitären Völkerrecht verpflichtet sind. Lebensretter zu töten - das ist ein Kriegsverbrechen, eine Grenzüberschreitung. Doch schon 2016 stellte Michiel Hofman von Ärzten ohne Grenzen vor dem UN-Sicherheitsrat fest: Attacken auf Krankenhäuser und Helfer seien "neue Normalität".

Viele Milizen richten sich irgendwann auch gegen Helfer

Auch vom Boden aus droht Helfern zunehmend Gefahr. "Viele Milizen richten sich irgendwann auch gegen Helfer - sei es aus Unwissenheit, sei es, um Hilfsgüter zu ihren Gefolgsleuten



Januar

RESQSHIP

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15

Di Mi Do Fr SA So Mo Di Mi Do Fr SA So Mo Di

16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31

Mi Do Fr SA So Mo Di Mi Do Fr SA So Mo Di Mi Do Fr SA So Mo Di Mi Do

Schlauchboot vor Libyens Küste - 120 Migranten in Seenot

Trotz des nahenden Winters versuchen immer noch zahlreiche Menschen über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen - und geraten dabei in Lebensgefahr.

24.11.2018, [zdf.de](https://www.zdf.de)

Rund 120 Migranten sind nach Angaben einer Hilfsorganisation im Mittelmeer in größter Seenot. Ihr Schlauchboot laufe vor der libyschen Küste voll Wasser, mehrere Menschen seien angeblich bereits ertrunken, schrieb die Organisation Mediterranea Saving Humans auf Twitter.

Man habe sowohl die Seenotrettungsleitstelle in Rom als auch die libysche Küstenwache informiert, es gebe aber keine Antwort aus Libyen. Die Organisation betreibt eine Beobachtermission auf dem Mittelmeer.

Februar

RESQSHIP

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do

Seenotrettung : Libysche Marine räumt Schiff mit Flüchtlingen

Aus Angst vor Folter haben 80 Migranten zehn Tage lang im Hafen von Misrata auf einem Schiff ausgeharrt. Jetzt wurden sie von der libyschen Marine von Bord gebracht.

21. November 2018, dpa

Libysche Sicherheitskräfte haben in der Hafenstadt Misrata ein Schiff mit Migrantinnen und Migranten geräumt. Nachdem der Großteil der Personen nicht freiwillig von Bord gekommen sei, habe man sie von Bord gebracht, teilte die libysche Marine mit. Insgesamt hätten sich noch 80 Menschen auf dem Boot befunden, zuvor waren bereits 16 Menschen inhaftiert worden, nachdem sie von Bord gegangen waren.

Sechs Personen seien bei der Räumung verletzt worden, sagte der Behördensprecher weiter. Nach Angaben von Human Rights Watch kamen einige von ihnen bereits am Dienstagabend ins Krankenhaus, während andere in ein Gefängnis in Misrata gebracht wurden.

Die Flüchtlinge hatten zuvor versucht, das Mittelmeer in Richtung Europa zu überqueren. Als die Überfahrt misslang, wurden sie vom Containerschiff *Nivin* gerettet. Im Hafen von Misrata wollten sie das Schiff jedoch nicht verlassen. Dies begründeten sie damit, dass Libyen zu gefährlich für sie sei.

Auf der *Nivin* befanden sich laut Ärzten ohne Grenzen unter anderem Flüchtlinge aus Eritrea, Somalia und dem Sudan. Libyen sei für sie kein sicheres Land, teilte die Organisation mit. Den Menschen drohten Misshandlung, Folter, Vergewaltigung und Zwangsarbeit.



RESQSHIP

März

„Salvini kriminalisiert Migration“: Jeder Fünfte stirbt bei Mittelmeerüberfahrt

Die Todesrate auf dem Mittelmeer ist so hoch wie nie. Gründe dafür sollen vor allem Maßnahmen des italienischen Innenministers Matteo Salvini sein. Erfolgreiche Integrationsmodelle in Italien werden aktiv torpediert. „Die rechtspopulistische Regierung will die Migranten stigmatisieren“, sagt der linke Bundestagsabgeordnete Dieter Dehm.

24.10.2018, Bolle Selke, Sputniknews.com

Die Überfahrt über das Mittelmeer von Libyen nach Italien ist für Migranten so gefährlich wie noch nie. Jeder fünfte Mensch, der versuche, über diesen Seeweg zu fliehen, sterbe, meldet das italienische Institut für Internationale politische Studien (ISPI).

Dieses geht auf Grundlage von offiziellen UN-Statistiken und eigenen Schätzungen davon aus, dass die Todesrate bei der Überfahrt von Libyen nach Italien im September bei 19 Prozent lag. In den Monaten zuvor lag sie demnach zwischen 0,1 und maximal acht Prozent. Das Institut beruft sich auf Zahlen von Toten und Vermissten im Vergleich zu den Menschen, die in Libyen illegal auf Flüchtlingsboote gestiegen sind. Demnach sterben oder gelten als vermisst täglich acht Menschen auf dem Mittelmeer, seit der rechte Innenminister Matteo Salvini (Lega Nord) im Amt ist. Das betrifft den Zeitraum Juni bis September 2018. In der Amtszeit von Salvinis Vorgänger Marco Minniti (Partito Democratico) betrug die Vermissten- und Todesrate 3,2 – obwohl die absolute Zahl der täglichen Überfahrten höher war (117 zu 61). **Harter Kurs gegen Migranten**

Seit Matteo Salvini Innenminister in Italien ist, wurden eine Reihe migrationsfeindliche Gesetze umgesetzt. Privaten Rettern im Mittelmeer hatte er die Legitimation abgesprochen. „Sie haben keine Berechtigung mehr: Niemand darf sich in die Arbeit der libyschen Küstenwache einmischen“, sagte Salvini der Tageszeitung „Corriere della Sera“. Es kommt auch vor, dass der Minister die Häfen des Landes selbst für Schiffe der nationalen Küstenwache schließen lässt. 177 Migranten, die sich an Bord der „Diciotti“ befanden, wurden in einem Fall zehn Tage wie Geiseln festgehalten. Wegen dieser Aktion wird nun wegen „schwerwiegender Freiheitsberaubung, illegaler Festnahme und Machtmissbrauch“ gegen Salvini ermittelt.



April

RESQSHIP



Heidelberg wird sicherer Hafen

Stadtrat stimmte für beide Anträge zur Seenotrettung.
18.10.2018, Kommunalinfo Bielefeld

Heute stimmte der Heidelberger Stadtrat über den Antrag von Die LINKE ab, in der Stadt Bootsflüchtlinge aufzunehmen sowie über den Antrag der SPD Fraktion, in dem die Stadt ein Bekenntnis zur Seenotrettung abgibt. Beide Anträge wurden mehrheitlich angenommen. Nach positiven Wortmeldungen von fast allen Parteien, stimmte erwartungsgemäß die AfD, vertreten durch Anja Markmann, ohne Wortmeldung dagegen. AfD Stadtrat Niebel glänzte durch Abwesenheit und nahm den Auftrag, die AfD Wähler im Stadtrat zu vertreten, nicht wahr. Die Vertreter der CDU stimmten zwar für die Seenotrettung, aber gegen die freiwillige Aufnahme von Geflüchteten aus dem Mittelmeer.

Im Vorfeld fanden sich etwa 50 Teilnehmer*innen der Seebrücke-Kundgebung vor dem Rathaus ein um den ankommenden Stadtrat*innen ein eindrückliches Zeichen mit auf den Weg in den Sitzungssaal zu geben. Hier wurde aus aktuellem Anlass auch besonders die Solidarität mit Domenico Lucano erklärt. Der Bürgermeister der süditalienischen Stadt Riace stand bis vor kurzem unter Hausarrest und die Migrant*innen die unter seiner Initiative die Stadt erfolgreich (wieder)belebten, wurden in verschiedene Aufnahmeeinrichtungen in Italien untergebracht. Eine regelrechte Deportation auf Weisung des italienischen Innenministers Salvini, die ein über Jahre gewachsenes Projekt und Beweis für das Gelingen der Integration, erstickte.



Mai

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr



„Die kollektiven und willkürlichen Ausweisungen von Migranten und Flüchtlingen sind keine geeignete Lösung, vor allem, wenn diese in Länder geschehen, die die Achtung der Würde und der Grundrechte nicht gewährleisten können.“

Papst Franziskus

Papst warnt vor Rückführung von Migranten nach Libyen

Papst Franziskus hat davor gewarnt, Migranten auf der Flucht in Richtung Europa wieder nach Libyen zurückzuschicken. Man müsse über die Lage in diesen Haftzentren für Migranten in Libyen sprechen, sagte der Pontifex am Mittwoch. "Wir beklagen das, was Kommunisten, Nationalsozialisten und Faschisten getan haben, doch heute? Geschieht das nicht auch heute?", sagte der Papst im Gespräch mit Jesuiten.

17.35 Uhr, 17. Oktober 2018, Kleine Zeitung

Das Gespräch fand bereits am 23. September in Vilnius statt. Zitate des Papstes bei diesem Treffen wurden von der Jesuiten-Zeitschrift "Civiltà Cattolica" am Mittwoch veröffentlicht. "Ich denke an ein Video zur Lage in einigen Haftanstalten in Nordafrika, die von Schleppern errichtet wurden. Wenn die Regierungen jene Migranten zurückschicken, die sich retten konnten, werden diese von den Schleppern inhaftiert und müssen schreckliche Folterungen erleiden", sagte Franziskus. Der Papst hatte kürzlich Videos von Folterungen von Migranten in Libyen gesehen. Er habe selber seine Mitarbeiter gebeten, diese Aufnahmen sehen zu können. Sie wurden per Smartphone von Migranten verbreitet, die nach Europa gelangen konnten.

RESQSHIP

Juni



RESQSHIP

Juli

Malta verlangt von NGO Ende der Rettung

Seit Monaten hat Malta drei Rettungsschiffe festgesetzt. Nach Informationen von ZEIT ONLINE sollen die Organisationen erklären, auf Rettungsmissionen zu verzichten. 26.9.2018, Vanessa Vu, Zeit.de

Seit Mai bzw. Juni blockiert Malte ohne Angabe von Konkreten Gründen die Ausfahrt von drei zivilen Rettungsschiffen: die *Seefuchs*, *Sea-Watch 3* und *Lifeline*. Das Aufklärungsflugzeug *Moonbird* unterhalten von Sea Watsch und der EKD darf nicht abheben. Eine E-Mail der maltesischen Hafenbehörde an die Organisation Sea-Eye gibt nun erstmals einen Hinweis darauf, unter welchen Bedingungen die Schiffe wieder ablegen könnten. Das Schreiben liegt ZEIT ONLINE exklusiv vor. Demnach will Malta dem Sea-Eye-Schiff *Seefuchs* die Ausfahrt nur dann genehmigen, wenn die Organisation unter anderem eine "starke, formelle und offizielle Erklärung" abgibt, sich nicht mehr an sogenannten Search-and-RescueOperation (SAR) zu beteiligen. Der einzige Zweck der Abfahrt solle ein Schiffstransfer nach Deutschland sein. ZEIT ONLINE hat die Echtheit des E-Mail-Verkehrs geprüft. Die Hafenbehörde wollte sich trotz mehrerer Nachfragen bislang nicht dazu äußern.

"Wir werden diese Bedingung nie akzeptieren und fordern die Bundesregierung ausdrücklich dazu auf, dieses Vorgehen Malts unmissverständlich zu verurteilen", sagte Gordon Isler, Sprecher von Sea-Eye, ZEIT ONLINE. Die Forderung sei völkerrechtlich und moralisch bedenklich, da jeder Kapitän nach internationalem Seerecht zur Seenotrettung verpflichtet sei. Zudem kritisiert Isler, dass Malta die Forderung nicht allein an das festgesetzte Schiff richtet, sondern an die Organisation insgesamt. "Offenbar will Malta unbedingt weiteren Begegnungen mit Geretteten vorbeugen und fordert uns dazu auf, uns selbst abzuschaffen". Die Organisation Sea-Watch soll ebenfalls aufgefordert worden sein, eine Art Unterlassungserklärung abzugeben. Deren Schiff *Sea-Watch 3* und das Aufklärungsflugzeug *Moonbird* dürfen Malta seit Monaten nicht verlassen. In mündlichen Verhandlungen mit der maltesischen Hafenbehörde fielen laut Sea-Watch-Sprecher Ruben Neugebauer ähnliche Bedingungen wie bei Sea-Eye. So habe die Hafenbehörde in Aussicht gestellt, die *Sea-Watch 3* als "*pleasure craft*" ausfahren zu lassen, also als Sport- oder Vergnügungsboot. Die Bedingung hatte Sea-Watch zunächst akzeptiert und eine Schiffsbesatzung nach Malta einfliegen lassen. Kurz vor der geplanten Abfahrt sei diese aber wieder ohne nähere Angabe von Gründen verweigert worden.

Forderung rechtlich irrelevant

Nach Angaben von Seerechtsexperten sind Malts Bedingungen juristisch irrelevant. Als Vertragsstaat des UN-Seerechtsübereinkommens könne Malta eine fremde Nichtregierungsorganisation nicht zu einem Verhalten bewegen, das einer grundlegenden seevölkerrechtlichen Pflicht – nämlich der Rettung von in Seenot geratenen Menschen – widerspreche, sagte Alexander Proelß, Direktor des Instituts für Umwelt- und Technikrecht der Universität Trier, ZEIT ONLINE. Würde der Heimatstaat der Nichtregierungsorganisation seine Angehörigen dazu zwingen, in Seenot geratene Menschen nicht zu retten, wäre dies sogar ein klarer Rechtsverstoß. Es sei ohnehin zweifelhaft, ob eine Nichtregierungsorganisation völkerrechtlich relevante Erklärungen abgeben könne, sagte Proelß.

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31

Mo Di Mi Do Fr SA So Mo Di Mi Do Fr SA So Mo Di Mi Do Fr SA So Mo Di Mi

Flüchtlinge dürfen Schiff nicht verlassen

Nach tagelangem Streit mit Malta hat Italien ein Schiff mit 177 Flüchtlingen an Bord in Sizilien anlegen lassen. Die Menschen dürfen allerdings nicht an Land gehen, solange es keine "Antworten von Europa" gebe.

21.8.2018, Spiegel Online

Nach mehreren Tagen im Mittelmeer ist ein Schiff der italienischen Küstenwache mit 177 Flüchtlingen an Bord im sizilianischen Catania eingelaufen. Allerdings dürfen die Geretteten die "Diciotti" zunächst nicht verlassen, wie die Nachrichtenagentur Ansa in der Nacht zu Dienstag berichtete.

Verkehrsminister Danilo Toninelli von der Fünf-Sterne-Bewegung hatte dem Schiff am Montag zwar die Erlaubnis für die Einfahrt in den Hafen auf der Mittelmeerinsel gegeben. Innenminister Matteo Salvini von der rechten Lega will die Menschen allerdings nicht an Land gehen lassen, solange es keine "Antworten von Europa" gebe, verlautete aus Kreisen des Ministeriums. Zuvor hatte Salvini gedroht, die Migranten nach Libyen zurückzuschicken, wenn Europa Italien keine konkreten Hilfen anbiete.

Nichtregierungsorganisationen verweisen immer wieder auf Gewalt und andere Menschenrechtsverletzungen in den libyschen Flüchtlingsunterkünften. Sie lehnen daher eine Rückführung von Migranten in das nordafrikanische Land ab.



August



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA

Kritik von Bundeswehroffizieren Italien sabotiert Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer

Italien torpediert die Mission "Sophia": Die Behörden schicken seit Monaten keine EU-Schiffe mehr zur Rettung Schiffbrüchiger. Zugleich macht Rom massiv Druck im Streit über die Verteilung angelandeter Migranten.

Dienstag, 28.08.2018, Markus Becker, Spiegel.de

Aus Sicht der Bundeswehr sabotiert Italien die Rettung von Flüchtlingen durch die EU-Schiffe der Mission "Sophia" seit Monaten massiv. Hochrangige Marineoffiziere sagten dem SPIEGEL, die von Italien geführte Leitstelle für die Seenotrettung im Mittelmeer setze die Kriegsschiffe der EU-Mitgliedsstaaten schlicht nicht mehr für Rettungsmissionen ein.

Die Aufgabe der Leitstelle ist es, die Notrufe entgegenzunehmen und die Koordinaten der seeuntüchtigen Boote an Rettungsschiffe weiterzugeben. Schon seit dem Frühsommer allerdings, so die Marineoffiziere, sei kein einziges EU-Schiff mehr zu einem solchen Einsatz entsendet worden. Stattdessen kreuzen die "Sophia"-Schiffe weit weg von der libyschen Küste und beobachten mit Sensoren die Schleppertätigkeiten auf dem Mittelmeer oder kontrollieren verdächtige Schiffe, die Waffen an Bord haben könnten.

Statt der EU-Schiffe, die gerettete Flüchtlinge nach Italien bringen würden, meldet die Leitstelle solche Notrufe fast ausschließlich an die libysche Küstenwache. Diese bringt die Flüchtlinge dann teilweise unter Androhung von Gewalt zurück nach Libyen. Jedem nicht-libyschen Schiff wäre dieses Vorgehen nach dem Völkerrecht verboten.

Italien begründet die Befehlslage damit, dass die Seenotrettung eben nur ein Teil der Mission sei - ein Trick, der sich in den Statistiken der Mission "Sophia" deutlich widerspiegelt. So haben die beteiligten Bundeswehrschiffe dieses Jahr erst 403 Menschen gerettet. Im Mai, Juni und Juli kamen sie wegen der Befehle der Leitstelle gar nicht erst in die Nähe von Flüchtlingsbooten. Wie viele Menschen durch das Vorgehen der Italiener auf hoher See ertrunken sind, weiß niemand.

EU-Plan droht Italiens Taktik zu zementieren

Die "Sophia"-Sabotage ist eine erneute Eskalation im radikalen Vorgehen der italienischen Regierung gegen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge und Migranten. Zuerst ließ Innenminister Matteo Salvini, Chef der rechtsradikalen Lega, Schiffe mit Geretteten nicht [mehr in Italien anlegen](#). Dann ließ er zahlreiche Schiffbrüchige an Bord des Schiffs "Diciotti" festhalten - weshalb inzwischen Staatsanwälte [gegen den Innenminister ermitteln](#). Am Montag drohte Vize-Regierungschef Luigi Di Maio [mit einem Veto](#) des nächsten Sieben-Jahres-Haushalts der EU, sollte die Union Italiens Wünsche nicht erfüllen. In anderen Hauptstädten wird das als blanke Erpressung gesehen.



September

RESQSHIP

Migrationskrise: Österreichs Wehrsprecher fordert Besetzung Nordafrikas durch die EU

Migrationskrise: Österreichs Wehrsprecher fordert Besetzung Nordafrikas durch die EU — RT Deutsch

7.9.2018, von Zlatko Percinic, deutsch.rt.com

Ausgerechnet das neutrale Österreich prescht mit einer Idee vor, die eigentlich in eine längst vergangene Ära der europäischen Kolonisation gehört. Um innenpolitische Interesse zu wahren, sollen weit entfernten Ländern militärisch besetzt werden. Selbstverständlich nur "auf Zeit", wie Bösch ausdrücklich betont. So argumentierten zuletzt George W. Bush und Tony Blair vor ihrem Irak-Fiasko. Und der Irak sollte auch als grelles Beispiel dafür dienen, was mit dieser Form von Überlegungen tatsächlich alles passieren kann.

Wie gefährlich naiv dieser Gedanke von Reinhard Bösch ist, was noch furchterregender wird angesichts der Tatsache, dass es sich bei Bösch um den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses in Österreich handelt, zeigt er in seiner Erklärung:

Wenn es uns nicht gelingt, Anlandeplattformen in Nordafrika zu errichten, zum Beispiel in Libyen – wenn wir in Libyen mit der einen Regierung das nicht organisieren können, müssen wir es halt mit der anderen libyschen Regierung organisieren. Und wenn das nicht funktioniert, dann ist das auch nach meiner Auffassung mit verschiedensten militärischen und polizeilichen (Mitteln) durchzuführen. Also einen Raum in Besitz nehmen vonseiten der Europäischen Union, ihn zu sichern, dort auch Versorgungseinrichtungen für diese Menschen einzurichten und dann diese Menschen zurückzubringen in ihre Heimatländer.

Auf die Nachfrage des Journalisten der *NEUE Vorarlberger Tageszeitung (VOLAT)* hin, von welchem Land er überhaupt spreche, wo die EU militärisch vorgehen sollte, antwortete Bösch:

Entweder auf europäischem oder afrikanischem Festland, je nachdem. (...) Die (die Regierungen von Griechenland, Italien, Libyen, Tunesien/Anm.) sind ja jetzt nicht sehr kooperativ. (...) Ja, dann wird man halt schauen müssen, dass man dort mit anderen Staaten, wenn die nordafrikanischen Staaten das ablehnen, mit anderen Staaten das Ganze organisiert, oder in Nordafrika einen Bereich erzwingen. Dass man dort einen Bereich für die Europäische Union in Besitz nimmt und dort diese Rückführung organisiert.

Oktober

RESQSHIP

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do

Traumatisiert und allein gelassen: So sehr leiden die Flüchtlingskinder auf Lesbos

Zum einen traumhafte Strände und 250 Sonnentage – ein Urlaubsparadies. Zum anderen ein Flüchtlingslager mit Zuständen, die kaum schlimmer sein könnten. Es ist das Zuhause von tausenden Kindern. Kinder, die krank sind und keine Hoffnung mehr haben. Immer wieder gerät das Flüchtlingslager Moria auf Lesbos in die Schlagzeilen. Hilfsorganisationen schlagen Alarm, warnen vor einer humanitären Katastrophe. "Mit Menschenwürde hat das nichts mehr zu tun", sagt die freiwillige deutsche Helferin Fabienne Morcinietz. Moria ist eine offizielle Erstaufnahmeeinrichtung und war als Zwischenstation geplant. Das Lager hat Platz für 3000 Menschen, doch tatsächlich leben dort 7000. Manche sind schon über ein Jahr dort. Dabei hatte die EU versprochen, dass die Verfahren für die Menschen auf Lesbos nur wenige Tage dauern sollen. Das Lager ist hoffnungslos überfüllt, die hygienischen Zustände katastrophal. Etwa 80 Menschen teilen sich eine Toilette. Es gibt kaum Möglichkeiten, sich zu Waschen.

Wenn sich Zehnjährige schon umbringen wollen

Die rund 3000 Kinder leiden unter den katastrophalen Bedingungen. An einem Ort, der ihnen Hilfe bringen sollte, werden sie erneut traumatisiert, sagt Fabienne Morcinietz: "Das ist das Unfaire. Ich bin in Deutschland geboren. Und nur, weil jemand woanders geboren wurde, musste er oder sie jetzt fliehen. Es wurde den Kindern alles weggenommen: Die Heimat, alles materielle und oft auch Familienmitglieder. Sie kommen, um Sicherheit und Frieden zu finden. Aber sie finden etwas ganz anderes". Die Kinder haben nichts zum Spielen, haben keine Beschäftigung, sind meist einsam und haben Angst. "Manche hier trinken Alkohol und sind nicht bei Sinnen. Sie belästigen einen. Davor habe ich Angst", erzählt die 11-jährige Pariya aus Afghanistan. Das Mädchen fürchtet sich davor, allein zur Toilette zu gehen, hat Angst von Fremden mitgenommen zu werden. Die psychischen Folgen sind verheerend: Cordula Haeffner von „Ärzte ohne Grenzen“ berichtet: "Fast ein Viertel der Kinder, mit denen die Mitarbeiter Therapiegespräche führten, haben schon versucht oder daran gedacht, sich selbst zu verletzen oder umzubringen. "Anstatt dass sie in Europa Schutz bekommen, werden sie Angstsituationen und weiterer, auch sexueller Gewalt ausgesetzt".



November

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA

Seenotretter beenden Einsatz der "Aquarius" im Mittelmeer

Mit dem Schiff "Aquarius" wurden rund 30.000 Migranten aus dem Meer gerettet. Nun endet die Mission. Helfer begründen dies mit "gezielten politischen Angriffen".

7. Dezember 2018, Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, mp

Die Hilfsorganisation SOS Méditerranée beendet den Einsatz im Mittelmeer mit dem Flüchtlingschiff *Aquarius*. Der Entscheidung sei "eine Reihe von gezielten politischen Angriffen auf die lebensrettende Arbeit der Hilfsorganisation" vorausgegangen, teilte die Organisation in Berlin mit. Allerdings wolle man mit einem anderen Schiff "sobald wie möglich" zu neuen Einsätzen ausfahren, um Migranten zu retten. Die von Ärzte ohne Grenzen (MSF) und SOS Méditerranée gemeinsam betriebene *Aquarius* liegt derzeit in der französischen Stadt Marseille vor Anker. Zweimal wurde dem Schiff die Flagge entzogen. Zuletzt warfen italienische Behörden der Organisation vorillegal Müll in Italien entsorgt zu haben, und drohten mit der Beschlagnahmung des Schiffs. Die populistische Regierung in Italien hat die Häfen des Landes für Seenotretter weitgehend dicht gemacht. "Wir haben den Höhepunkt der Kriminalisierung von humanitärer Hilfe auf See erreicht. Dass wir jetzt dazu gezwungen sind, den Betrieb der *Aquarius* einzustellen, während europäische Mitgliedsstaaten ihrer Verantwortung, Menschen im Mittelmeer zu retten, nicht gerecht werden, ist ein Armutszeugnis für Europa", sagte Verena Papke, Geschäftsführerin von SOS Méditerranée Deutschland. Nun sollten Möglichkeiten für ein neues Schiff ausgelotet werden. Man sei "auf die Initiative von mutigen Reedereien angewiesen, die bereit sind, ein Zeichen der Solidarität" zu setzen. Die *Aquarius* war seit Februar 2016 im Einsatz und hat etwa 30.000 Migranten im Meer gerettet. Weltweit Beachtung fand die Blockade des Schiffs im Sommer mit Hunderten Migranten an Bord. Damals ließ der rechte Innenminister Matteo Salvini das Boot nicht in Italien anlegen. Es musste nach Spanien ausweichen.

Dezember



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	SA	So	Mo	Di



Da hilft nur eins:
bei rot mit dem Schlauchboot über die Ampel fahren

RESQSHIP